

BUCHBESPRECHUNGEN

TAGUNGSBERICHTE — JAHRBÜCHER-BROSCHÜREN

„Partnerschaft von Staat und Genossenschaft in den Entwicklungsländern?“ ist der Titel einer kleinen Schrift von Dr. *Erwin Hasselmann*, die als Heft 26 der Genossenschaftlichen Schriftenreihe des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e. V. (Hamburg) erschienen ist. Der Verfasser, Vorstandsmitglied des ZdK, bespricht vor allem die Gefahren staatlicher Eingriffe in das junge Genossenschaftswesen der Entwicklungsländer und andererseits die Aufgaben des Internationalen Genossenschaftsbundes, dem Genossenschaften aus 48 Ländern angehören (davon die Haften Entwicklungsländer!).

In der vom Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg (Braunschweig) herausgegebenen Schriftenreihe „Zwischen gestern und morgen“ ist als Heft 5 ein Vortrag „Wohin steuert die farbige Welt? — Unsere Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern“ von *Winfried Böll* erschienen.

Die *Arbeitskammer des Saarlandes* (Saarbrücken) hat einen mit vielen Tabellen und Statistiken versehenen Bericht „Die Auswirkungen der Saarrückgliederung auf die wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Arbeitnehmer“ veröffentlicht. Der Bericht behandelt besonders Fragen des Arbeitsmarktes, der Einkommensentwicklung sowie des Arbeits- und Sozialrechts; er konstatiert, daß „es in einzelnen Bereichen zu schwerwiegenden Rückschlägen gekommen“ ist und daß „bei nachlassender Hochkonjunktur neue Probleme auftauchen werden“. Weiter heißt es im Geleitwort von Präsident Norbert Engel: „Während auf der einen Seite der Bundesregierung eine bemerkenswerte Großzügigkeit in der Gewährung von Wirtschaftshilfen nicht abgesprochen werden kann, bedeutete im Sozialbereich die Anpassung im wesentlichen eine Angleichung nach unten. Das Saarland hatte in den zurückliegenden Jahren ein System des sozialen Ausgleichs entwickelt, das in mancher Hinsicht als vorbildlich angesehen werden konnte. Hier brachte der Übergang auf das Leistungsprinzip für zahlreiche Arbeitnehmerfamilien eine Verschlechterung der Einkommenssituation, die bei einer elastischeren Gestaltung vermeidbar gewesen wäre.“ *W. F.*

FRIEDRICH SCHNEIDER

EUROPÄISCHE ERZIEHUNG

Die Europa-Idee und die theoretische und praktische Pädagogik. Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1959. Großoktav, 266 S., Ln. 15,80 DM.

Obgleich die Bedeutung der Erziehung bei der Erreichung des Zieles „Europa“ in immer weiteren Kreisen erkannt wird, fehlte bisher

eine monographische Darstellung der pädagogischen Problematik, die mit der Idee eines vereinten Europa verbunden ist. Hier soll das vorliegende Buch eine Lücke schließen.

Der Verfasser (ein bekannter Vertreter der vergleichenden Erziehungswissenschaft und Mitglied des Kuratoriums der Europaunion in Deutschland) will zunächst über den mit der Europa-Idee zusammenhängenden Sachverhalt unterrichten und informiert deshalb im ersten Teil des Buches über die geistigen und geschichtlichen Grundlagen der Europa-Idee, über den wechselvollen Verlauf aller Bestrebungen, zu einer europäischen Gemeinschaft zu kommen, und über die heutigen verschiedenen Formen der europäischen Zusammenarbeit.

In der zweiten Hälfte des Buches wird die Erziehung zu einem gemeinsamen europäischen Bewußtsein von den verschiedensten Seiten beleuchtet und dem Pädagogen eine Reihe von Hilfen aufgezeigt: konkrete Vorschläge für den Unterricht sowie Literatur, Kurse und andere Institutionen, deren er sich heute bedienen kann. Der Autor wendet sich jedoch nicht nur an Schullehrer und Jugendzieher, sondern auch an Erwachsenenbildner, ja an jeden, der sich mit Fragen der europäischen Einigung befaßt, und die Lektüre seines Buches gibt die notwendige Grundlage zur europäischen Erziehungsarbeit an sich selbst und anderen. Das angegliederte Schlagwortregister macht das Buch auch als Nachschlagewerk wertvoll.

Erika Donner

HERBERT MORRISON

AN AUTOBIOGRAPHY

Olhams Press, London 1960. 336 S., 30 Shilling.

Um *Herbert Morrison*, vor fünf Jahren noch Anwärter auf die Führung der Labour Party, ist es still geworden. Mit seinem Verzicht auf eine neue Kandidatur ins Unterhaus 1959 und seiner Annahme eines nicht-erblichen Adelstitels mit einem Sitz im Überhaus hat er sich aus der aktiven Politik zurückgezogen. Jetzt legt er als 73jähriger seine Lebenserinnerungen vor. Sie sind keine Sensation, und obwohl sie eine gute Zahl an Meditationen enthalten, sind sie auch kein Kompaß aus dem Wirrnis der ideologischen und politischen Differenzen, die die Partei erschüttern, der *Morrison*s Lebenswerk galt. Der Leser erhält nur einen ziemlich allgemein gehaltenen Rat, Labour dürfe auf seine sozialistischen Zielsetzungen nicht verzichten. Die Kontroverse um die Kernwaffen wird überhaupt nicht erwähnt, ebensowenig wie *Morrison*s Mahnungen in den Jahren von 1950 bis 1955, die Aufgabe Labours liege mehr in der Konsolidierung des von der Arbeiterregierung der Nachkriegszeit Erreichten als in weiteren, an die Wurzeln der Gesellschaftsordnung greifenden Reformen.

Nichtsdestoweniger sind Morrisons Memoiren ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der britischen Arbeiterbewegung, in der er, der große Organisator und Propagandist, eine Sonderstellung einnahm. Die führenden Funktionäre Labours sind alle entweder aus der Gewerkschaftsbewegung in die Politik gekommen (wie z. B. *Bevan* und neuerdings *Georgs Brown*) oder sind Intellektuelle, wie *Attlee* und *Gaitskell*, die ihr persönliches Schicksal mit dem der Bewegung verbanden. (Auch *Bevan* gehörte in die erste Kategorie, obwohl sich sein späterer Aufstieg im Kampf mit der Gewerkschaftsführung vollzog.) Morrison hingegen ist der einzige Funktionär proletarischen Ursprungs — Sohn eines Londoner Polizisten und einer Magd —, der ohne jede gewerkschaftliche Bindung seine führende Stellung in Partei und Staat erreichte.

Andere haben vor Morrison Memoiren veröffentlicht, deren sehr offenherzige und subjektiv gehaltene Schilderungen früherer Kämpfe um die Parteiführung Labour nicht gerade genützt haben. Morrison, der in diesem Zusammenhang erwähnt wurde, vermeidet es, auf Indiskretionen mit der gleichen Münze zu antworten, setzt sich aber gegen *Hugh Daltons* Behauptung zur Wehr, er habe 1945, nach dem Wahlsieg, der Labour an die Macht brachte, den Posten des Premierministers für sich verlangt. Bei aller Zurückhaltung, die sich Morrison auferlegt, verbirgt er jedoch kaum seinen Ärger über *Clement Attlee*, den er dafür verantwortlich macht, daß ihm versagt geblieben war, worauf er Anspruch zu haben glaubte: die Partei, der er durch Jahrzehnte gedient hat, wenigstens durch einige Jahre zu führen. *Attlee*, deutet Morrison an, hätte sich früher zurückziehen sollen, und *Gaitskell* hätte es gut getan, wenn er zunächst unter Morrison als Stellvertreter des Führers hätte dienen können.

Nun ist unbestritten, daß Morrisons große Leistungen im Londoner Grafschaftsrat, als Verkehrsminister (1929—1931), als wichtiges Mitglied des Kriegskabinetts (1940—1945) und als *Attlees* Stellvertreter in der Leitung der Labourregierung (1945—1951), ihm ein Anrecht darauf gaben, sich um die Parteiführung zu bewerben. Aber bei einer Fülle fähiger Bewerber ist es unausweichlich, daß manche enttäuscht werden. Das war auch das Schicksal *Arthur Greenwoods*, *Hugh Daltons*, *Emanuel Shinwells* und *Aneurin Bevans*. Dazu trat im Falle Morrison die Notwendigkeit eines Generationenwechsels.

Am interessantesten ist Morrisons Darstellung seiner erst von der Partei abgelehnten und dann von ihr in die Tat umgesetzten Bemühungen, bei der Nationalisierung der Produktionsmittel das Prinzip der „kompetenten“ und nicht der „repräsentativen“ Verwaltung zu verwirklichen. Recht amüsant ist wieder seine Schilderung seiner Beziehungen

zu *Winston Churchill*, dem großen innenpolitischen Gegner Labours; sie waren im Grunde immer recht freundschaftlich. Morrison erzählt auch zum erstenmal, wie es eigentlich zu der viel erörterten Änderung von *Attlees* ursprünglichen Absichten über die Zusammensetzung des Labourkabinetts von 1945 kam. *Attlee* wollte zunächst *Ernest Bevin* zum Schatzkanzler und *Hugh Dalton* zum Außenminister machen, hat aber dann die umgekehrte Regelung getroffen. Es hieß, daß König *Georg VI.* — wohl auf Grund irgendwelcher Einflüsterungen — gegen die Betrauung des ihm „radikal“ scheinenden *Dalton* mit der Führung der Außenpolitik Einspruch erhoben und daß sich *Attlee* dem gebeugt habe. (*Attlee* selbst schweigt sich in seinen Memoiren, über die Gründe seiner Sinnesänderung aus.) Nun erfährt man von Morrison, daß er den dann von *Attlee* angenommenen Vorschlag gemacht habe, *Bevin* ins Außenministerium und *Dalton* ins Schatzamt zu delegieren. Der rückschauende Betrachter wird kaum finden, daß *Dalton* als Außenminister eine grundlegend andere Politik hätte machen können als *Bevin*, nämlich zuerst den Versuch, die Kriegskoalition zwischen West und Ost zusammenzuhalten, und dann die entschlossene Hinwendung zum Aufbau der westlichen Solidarität gegen die Aggressivität *Stalins*. Aber *Dalton* hätte es schwerlich so gut zuwege gebracht wie *Bevin*, der der gewerkschaftlichen Blockstimmen am Parteitag immer sicher war, weitverbreitete Illusionen über die sowjetische Politik zu zerstören.

Dr. J. W. Brügel

GERHART BINDER EPOCHE DER ENTSCHEIDUNGEN

Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts. Seewald-Verlag, Stuttgart 1960. 575 S“ Ln. 24,80 DM.

Quellensammlungen zur Zeitgeschichte sind in den letzten Jahren mehrfach erschienen, sowohl umfassende mit wissenschaftlichem Anspruch als auch knappe, die eine erste Übersicht geben können. Für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sind sie von unschätzbarem Wert. Ihre geschichtlichen Darstellungen und Kommentare allerdings setzen bei ihrer Kürze meist schon sehr viel Kenntnisse voraus.

Binder ist darum anders vorgegangen. Er bietet in erster Linie eine Geschichtserzählung, offensichtlich für die, die sich zum erstenmal über die politische Entwicklung seit *Bismarcks* Sturz bis heute informieren wollen. Vorzüglich ausgewählte dokumentarische Belege hat er dabei geschickt eingebaut. So ist insbesondere ein prägnantes Bild von der Brutalität und Verlogenheit des NS-Systems entstanden. Die Stärke des Verfassens liegt in der Schilderung konkreter Ereignisse und politischer

Konstellationen. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Hintergrund tritt demgegenüber stark zurück. So ist die Behandlung der Zeit vor und nach der Hitler-Herrschaft weniger überzeugend. Stimmungsfaktoren, die für die Wilhelminische Zeit charakteristisch waren, Gründe, die zu den wirtschaftlichen Krisen der 20er Jahre führten, die Rolle, die die Justiz in der Weimarer Republik gespielt hat, dies alles bleibt unberücksichtigt. Zu sehr beschränkt sich der Verfasser gleichsam auf das Handlungsgerippe. So konstruiert er denn auch, wie leider viele, den direkten Zusammenhang zwischen Versailler Vertrag und Machtanstieg der NSDAP, indem er sich der traditionellen moralpatriotischen Auslegung des § 231 („Kriegsschuld“-Paragraph) anschließt. Es verwundert danach nicht, wenn *Roosevelt* für ihn „sowjethörig“ war und sich noch eine Reihe anderer billiger, nachträglicher Prophezeiungen finden lassen. (So etwa die Beurteilung *Benneschs*, der großen Konferenzen von Teheran und Jalta u. a.) Bedenkliche Folgen hat auch das an sich verständliche Bemühen des Verfassers um Anschaulichkeit. Wendungen von der Art wie „während die deutschen Truppen an der Somme schwer rangen“ oder „ein Schrei der Entrüstung ging durch das besiegte Land“ verführen zu irrealen Geschichtsvorstellungen.

So ist es zu bedauern, daß ein Buch, das so treffenden Aufschluß über den Nationalsozialismus zu geben vermag, in seinen andern Teilen nicht nur wegen einzelner Fehldeutungen (SPD eine Weltanschauungspartei?, Maos siegreicher Vormarsch, weil die Amerikaner Tschiang Kai-schek nicht mehr unterstützen?) sondern in seiner Grundeinstellung keine Hilfe für das Verständnis und die angemessene Beurteilung des geschichtlichen Geschehens darstellt.

Dr. Hans Tietgens

HEINRICH DEIST

WIRTSCHAFT VON MORGEN

Beiträge zur Wirtschaftspolitik der SPD. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., GmbH, Hannover 1959. 183 S., kart. mit Leinenrücken 11,80 DM.

Das Buch enthält mehrere Aufsätze und Vorträge des bekannten Wirtschaftspolitikers der Sozialdemokraten, die in vorzüglicher Klarheit dessen Vorstellungen über Ziel, Weg und Mittel sozialistischer Wirtschaftspolitik sowie über einige bedeutende wirtschaftspolitische Probleme darlegen. Der Verfasser war bekanntlich maßgeblich an der Formung des wirtschaftspolitischen Teils des Godesberger Programms der SPD beteiligt. Einige der abgedruckten Reden sind Stationen auf dem Wege zu diesem Programm, und insofern können sie auch zu dessen Erläuterung herangezogen werden. Das trifft insbesondere auf das Grundsatzreferat zu, das Deist auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag im Jahre 1958 hielt, sowie auf

das ebenfalls unverändert abgedruckte Schlußwort. In beiden Reden geht es vor allem um das rechte Verhältnis zwischen Privat- und Gemeineigentum und um die Frage der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wobei Deist Gemeineigentum als die stärkste Form der öffentlichen Kontrolle ansieht. Er ist der Auffassung, daß der moderne Staat über ein großes Instrumentarium verschiedenster Art verfügt, um die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Das gilt für die Kontrolle wirtschaftlicher Macht genauso wie für die Konjunktur — und die Strukturpolitik.

Bemerkenswert ist die realistische Betrachtungsweise des Verfassers und das Bemühen, seine Vorstellung präzise und konkret zu entwickeln und darzulegen. Das Buch enthält auch Ausführungen über „Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung“, „Mittelschichten in der Wirtschaft der Gegenwart“, „Kohlenwirtschaft und Energiewirtschaftspolitik“ sowie eine beachtenswerte Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus. *G. P.*

KLAUS BROICHER
EUROPA IM AUFBAU

Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 142 S., kart. 6,— DM.

EDGAR SALIN
FRIEDRICH LIST

KERNEUROPA
UND DIE FREIHANDELSZONE

Zwei Reden zur europäischen Politik. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1960. Sammlung Recht und Staat, Heft 227, 53 S., brosch. 2,40 DM.

GERHARD VON BECKERATH
ORDNUNGSPOLITIK
IN DER MONTANUNION

Erläutert am Beispiel der Kohlewirtschaft. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 125 S., brosch. 13,50 DM.

PAUL ERDMAN/PETER ROGGE
DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS-
GEMEINSCHAFT UND DIE
DRITTLÄNDER

Kyklos-Verlag, Basel, und Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1960. 337 S., brosch. 24,— DM, Ln. 28,— DM.

Im Dienste der Einigung Europas sind in den letzten Jahren derart viele Abkommen geschlossen und geändert, Zusammenschlüsse ins Leben gerufen und umgewandelt worden, daß der nicht unmittelbar mit diesen Dingen Befasste nicht mehr zu folgen vermag. Die Schrift *Broichers*, erschienen in der Reihe „Bild der Wirtschaft“, beschränkt sich absichtlich auf das Institutionelle. Sie zeigt die bereits bestehenden, angebahnten und in ihrer

ursprünglichen Form auch gescheiterten wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen in Westeuropa nach Konstitution, Mitgliedern und Zielen und geht dann dazu über, Europa in Beziehung zu den bedeutendsten Weltorganisationen (UNO, GATT, NATO usw.) zu setzen. So bietet die kleine Schrift im Taschenbuchformat für jeden, der sich über die europäischen Institutionen unterrichten will, eine wertvolle Hilfe, besonders auch zur Klärung von Tatsachenfragen bei Europaseminaren und Bildungsgruppen des DGB.

Eine recht gute Überleitung von den Gedanken und Plänen *Friedrich Lists* zu den jüngsten Problemen der zweigleisigen Integrationsbemühungen in Westeuropa gibt *Edgar Salin* mit dem Abdruck zweier überarbeiteter und erweiterter Vorträge. Mit Verblüffung erfährt man, wie nahe doch *Lists* Vorstellungen dem kamen, was wir heute in der EWG praktizieren, eingeschlossen den gemeinsamen Außenzolltarif und die Erkenntnis, daß „Handelseinigung und politische Einigung . . . Zwillingsschwestern sind“. Sind es doch gerade diese Fragen, die einer großeuropäischen Lösung noch immer im Wege stehen. *Salin* wendet sich ausdrücklich gegen den Vorwurf der Diskriminierung, der häufig gegen die EWG ihres Außenzolls wegen erhoben wird, da ein derartiger Zoll nicht mehr oder weniger „diskriminierend“ sei als jeder Außenzoll einer Staatseinheit, wo Binnenzölle nie bestanden oder schon früher abgeschafft wurden. Seine Funktion sei vorab ebenso unerlässlich wie sein Abbau zur gegebenen Zeit. *Salin* untersucht eine Reihe von Ursachen, die mancherorts eine Gegnerschaft zur „kerneuropäischen“ EWG ausgelöst haben, wertet aber die Existenz der EFTA positiv als einen Weg, der zeigen wird, ob etwa tatsächlich ein derartiges Gebilde ohne Aufgabe politischer Rechte lebens- und aktionsfähig ist und ob Großbritannien nicht doch in einer kontinentalen Allianz besser fährt. Einige Widerstände auch in den Reihen der EWG-Partner entlarvt *Salin* eindeutig als Folgen der Erkenntnis, daß z. B. sich zwangsläufig ergebende „Handelsumleitungen“ eine „Gefahr für die Satten“ sind; sie seien aber ebenso sehr und zugleich eine „Chance für die aktiven, wagemutigen, echten Unternehmer“.

Zu den Autoren, die sich mit Spezialfragen beschäftigen, gehört *G. v. Beckerath*. Er nutzt die inzwischen gemachten Erfahrungen und erkannten Probleme in der Montanunion, um die Frage der Wirtschaftsordnung im Bereich der Grundstoffindustrie zu untersuchen. Es enthüllt sich ein Bild vielfacher Unzulänglichkeiten, wenn nicht Widersprüche zwischen den ursprünglichen Vorstellungen der Vertragsschöpfer und der vielfältigen Wirklichkeit. Kohlenabsatzkrise, Strukturschwierigkeiten u. a. haben gezeigt, daß der Teilmarkt Montanunion nicht isoliert entwickelt werden kann,

sondern in eine koordinierte Energiepolitik gehört. Damit ergibt sich aber zugleich die Frage, ob die Montanunion und die mit ihr gemachten Erfahrungen richtungweisend für die gesamtwirtschaftliche Integration Europas sein können. Der Verfasser beschränkt sich nicht auf eine — detaillierte und saubere — Kritik, sondern sucht auch nach Wegen, auf denen das dem Montanvertrag zugrunde gelegte Ziel erreicht werden kann. Eine Monographie, die den Komplex Montanunion eingehend durchleuchtet.

Ähnlich gehen *Erdman* und *Rogge* vor, wenn sie den Komplex „Die EWG und die Drittländer“ untersuchen; es handelt sich hierbei ebenfalls um einen „Stein des Anstoßes“, den die Wirtschaftsgemeinschaft durch ihre Existenz in den Weltmarkt gerollt hat. Die umfangreiche Untersuchung, die, nach einer theoretischen Behandlung des Problems, die konkreten Gegebenheiten des sich wandelnden Außenhandels der EWG-Mitgliedsstaaten zugrunde legt, um zu fragen, wie wohl die Außenhandelsströme zwischen Westeuropa und der Welt in zehn bis zwanzig Jahren fließen werden, versucht nicht, über Unvermeidliches hinwegzutrusten. Sie spricht sehr deutlich aus, daß Änderungen eintreten werden, daß diese Änderungen zeitweise zu Nachteilen des einen oder anderen Drittlandes aber auch des einen oder anderen EWG-Mitgliedslandes in der einen oder anderen Branche führen müssen, daß aber schließlich der Welthandel in seiner Gesamtheit durch die Existenz dieses neuen Handelspartners EWG profitieren wird. Die bereits gemachten praktischen Erfahrungen beim Entstehen von Integrationsräumen (OEEC, Montanunion, Benelux) werden einbezogen, um am Ende die Sicherheit eines allgemeinen Wachstumsprozesses zu erlangen, der ja letztlich Ziel der Wirtschaftsgemeinschaften ist. Das von einem amerikanischen und einem deutschen Autor gemeinsam verfaßte Buch liefert im einzelnen zahlreiche Spezialuntersuchungen, etwa, wie sich die EWG auf die Wirtschaft und den Außenhandel einiger ganz bestimmter Staaten auswirken dürfte, welcher Einflüsse die EWG auf den Agrar- und Industriesektor auf weltwirtschaftlicher Ebene sicher sein darf und umgekehrt. Das Buch darf sicherlich als eine der saubersten analytischen Arbeiten dieses Gebietes angesehen werden.

Dr. Wolf Donner

WHY LABOUR LEAVES THE LAND

Internationales Arbeitsamt, Genf 1960. 229 S., kart.
§ 2.25; 13s 6d.

Diese Studie untersucht das Wesen der „Landflucht“, das heißt der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in andere Erwerbszweige, sowohl in den wirtschaftlich fortgeschrittenen als auch in den zurückgeblie-

benen Ländern. Es zeigt sich sogleich, daß die gleiche Erscheinung je nach den äußeren Umständen sehr verschiedenartige Ursachen und Wirkungen haben kann. Ist in den industrialisierten Staaten der zahlenmäßige Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung dank der Technisierung mit einer gewaltigen Steigerung der Erzeugung verbunden, bedeutet die Abwanderung hungernder Landarbeiter aus einem indischen Dorf lediglich eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit und des Elends in großen Städten.

Die wichtigste Ursache für die Landflucht liegt in den meisten Ländern in den schlechteren Einkommens- und Sozialverhältnissen im Dorf. In den fortgeschrittenen Ländern verlassen viele Arbeitskräfte die Landwirtschaft, weil deren Erzeugung schneller zunimmt als die Nachfrage, was einen ständigen Druck auf die Lohnverhältnisse und Verdienstmöglichkeiten ausübt. In den zurückgebliebenen Ländern jedoch sinken die Einkommen, weil die dörfliche Bevölkerung rascher zunimmt als die Lebensmittelerzeugung, neue Investitionen auf die städtische Industrie beschränkt sind und die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe und Lebensmittel auf dem Weltmarkt sinkende Tendenz aufweisen.

Die Studie begnügt sich nicht mit allgemeinen Schlußfolgerungen, sondern versucht, einige Leitgedanken für die in den verschiedenen Ländergruppen einzuhaltende Politik herauszuarbeiten, wobei auf die Durchführung von Agrarreformen, die den Boden in den Besitz derjenigen überführen, die ihn bearbeiten, größtes Gewicht gelegt wird. Das Ziel staatlicher Maßnahmen sollte nirgends darin bestehen, die Abwanderung als solche zu ermutigen oder zu unterdrücken, sondern die Bedingungen, unter denen sie sich vollzieht, zu verbessern.

B. K.

GERHARD RITTER STAATSKUNST UND KRIEGSHANDWERK II

Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. R. Oldenbourg Verlag, München 1960. 392 S., Ln. 30,— DM.

Sechs Jahre nach dem Erscheinen des ersten Bandes, den wir im Dezemberheft 1954 ausführlich besprochen haben, liegt nun der zweite Band dieser bedeutsamen Arbeit vor. Er umfaßt die Zeit von 1890 bis 1914. Ein anfänglich nicht vorgesehener dritter Band, in dem Ritter als „Hauptstück“ des Gesamtwerkes die Geschichte des ersten Weltkrieges und als „Epilog“ die der Weimarer Republik behandeln will, soll die Arbeit abrunden. In den Bereich des Generalthemas gehört aber auch die umfassende Studie Ritters über den „Schlieffen-Plan“, 1956 erschienen, deren bezeichnender Untertitel „Kritik eines Mythos“ lautet.

Der erste Teil des vorliegenden Buches handelt von den Grundzügen des Verhältnisses von

Heerwesen und Politik in Frankreich, England und Rußland; der zweite von der eigentlichen Entwicklung des unseligen wilhelminisch-deutschen Militarismus bis zum Kriegsbeginn 1914. Ritter schreibt glänzend. Seine Darstellung ist getragen von der leidenschaftlichen Erschütterung, die sich mit der tragischen Enthüllung von Glanz und Gloria der „guten alten Zeit“ ergibt.

Man möchte wünschen, daß dieses Buch in allen Zweigen der neuen bundesdeutschen Verteidigung wohl studiert wird. Doch nicht allein von den Fachleuten der Verteidigung, sondern auch von allen verantwortlichen Politikern und Meinungsvermittlern. Im Kern der Fehlentwicklungen, die Deutschland in zwei Weltkriege stürzten, stand nicht der Soldat als Militarist, von dem gewiß nicht wenig die Rede sein muß, sondern die Kapitulation von Diplomatie und Staatsräson vor zeitwidrigem Militärdenken; imperialistische Träume und blinder Nationalismus eines Bürgertums, das alles Selbstbewußtsein aufgegeben hatte, mußten vollends zur Katastrophe führen. Auch wenn an diesem Teil der Darstellung Ritters wieder zu beklagen ist, daß die Rolle der stärksten deutschen Partei in jener Zeit, der deutschen Sozialdemokratie, nur in (teilweise falsch akzentuierten) Nebensätzen gestreift wird, machen die Fülle des in wesentlichen Teilen erstmalig dargebotenen Stoffes und die Redlichkeit des Autors das Buch unentbehrlich.

Ritter bietet eine Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, in den Deutschland ohne alternativen Aufmarschplan, ohne wirtschaftliche und ausreichende militärische Rüstung, mit diplomatischen Fehlleistungen, welche dem psychologischen Krieg der Entente auf Jahre wirksame Parolen lieferten, hineingeschlittert ist wie andere Länder auch. Der deutsche Militarismus als System gehörte aber zu seinen entscheidenden Ursachen. Die besonderen Rollen, welche *Waldersee*, *Tirpitz* und der jüngere *Moltke*, aber natürlich auch der großsprecherische *Wilhelm II.* und *Ludendorff* gespielt haben, werden deutlich. Festzustellen, wie die Friedensbereitschaft vieler in den letzten Tagen und Stunden vor Kriegsausbruch 1914 gefesselt blieb, weil es nur den veränderten Schlieffen-Plan gab und dieser den frühzeitigen Angriff auf Lüttich im neutralen Belgien einschloß, das ist selbst heute noch nicht ohne Entsetzen möglich. Die Zabern-Affäre und ihre Behandlung durch den Kaiser — der üble Trick, den Tirpitz anwandte, indem er den Monarchen durch die Privatbriefe eines untergeordneten Marineoffiziers hinter dem Rücken aller Verantwortlichen über die Lage in England „unterrichtete“ ließ, — die durch Kasten- und Klasseninteressen gehinderte Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht — das lagewidrige Verhalten des österreichischen Generalstabes zu Kriegsbeginn — das alles wirkt heute wie ungeheuerliche Grotesken. (Die Geschichte der hitle-

rischen Kriegsführung bietet jedoch noch mehr Ungeheuerlichkeiten.)

Das einzige Instrument der Völker, Regenerations- und Entwicklungsmöglichkeiten in Frieden zu erhalten und aus den Beispielen auch dieses Buches zu lernen, ist die aktive Demokratie.

Ernst Riggert

MAX WEBER

RECHTSSOZIOLOGIE

Aus dem Manuskript herausgegeben und eingeleitet von Johannes Winkelmann. Soziologische Texte, hsg. von Heinz Maus und Friedrich Fürstenberg, Band 2. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1960. 348 S., 14,80 DM.

Soziologische Erkenntnisse müssen nicht so kurzlebig sein, wie vielfach angenommen wird. Eine Auswahlreihe klassischer Texte vermag dies zu verdeutlichen. Dabei zeigt sich, wie nützlich die Lektüre der Schriften Max Webers nach 40 Jahren immer noch sein kann. Um die Wechselwirkung von Recht und Gesellschaft einsichtig zu machen, wartet er mit einer Fülle von Material aus allen Zeiten und Kulturen auf. So wird die Fruchtbarkeit der soziologischen Sicht auf die Geschichte offensichtlich. Unsere historische Tatsachenkenntnis wird durch Weber eingebettet in beziehungsreiche Illustrationen einzelner Epochen. Aber auch ihre jeweilige Besonderheit arbeitet er mit äußerster begrifflicher Klarheit heraus.

Dabei erscheinen die gewöhnlich nur formaljuristisch erläuterten Rechtsprobleme durch gesellschaftliche und psychologische Machtfaktoren bedingt, die den Rechtsverhältnissen eine dem Wirtschaftsgebaren angemessene Fassung geben. Dies ist selbst noch im Falle der Skavenabschaffung nachzuweisen. Naturrechtliche Gedanken setzen sich im Zusammenhang mit soziologischen Strukturwandlungen durch, Recht ist Ausdruck des Ordnungsinteresses. Das Ausmaß an Rechtssicherheit, das wir heute auf Grund der Systematisierung des Rechts haben und das die Folgen unseres Handelns relativ voraussehbar macht, konnte nur erlangt werden, weil, unterschiedlich begründet, verschiedene Kräftegruppen, der absolutistische Herrscher wie das aufstrebende Bürgertum, Vorteil darin sahen. Dabei bleiben aber Rechtsentscheidungen verschiedenen Urteils Gesichtspunkten unterworfen, die sich widersprechen, zumal wenn es sich nicht um Gebote und Verbote, sondern um Ermächtigungen im Rahmen der Vertragsfreiheit handelt, die sich sehr leicht zugunsten der Mächtigeren auswirken können. Wirtschaftliche Güter bekommen den Charakter subjektiven Rechts und die Komplikation der Rechtsmittel kann zur Rechtsverweigerung gegenüber den Ärmeren führen. Andererseits war der vielberufene Formalismus des Rechts gerade auch als Mittel gegen Willkür gedacht.

So wird die doppelte Aufgabe als Herrschaftsmittel und als Schutzeinrichtung den Rechtsapparat immer im Spannungsfeld der gesellschaftlichen Kräfte halten. Funktionieren kann er auf die Dauer aber nur, wenn er sich nicht gegen das stellt, was als Sitte und Konvention Geltung hat. Öffentliches und privates Recht erscheinen immer miteinander verflochten. Regelung der Herrschaftsverhältnisse und Regelung des zwischenmenschlichen Verkehrs sind nicht unabhängig voneinander wirksam.

Dr. Hans Tietgens

ALFRED KRUSE

GESCHICHTE DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN THEORIEN

Vierte verbesserte und erweiterte Auflage. Verlag Duncker & Humblot, Berlin—München 1959. 366 S., brosch. 18,60 DM, Ln. 24 DM.

Es ist schwer, eine Dogmengeschichte zu besprechen, weil dergleichen nur allzu leicht in einen uferlosen Streit der Meinungen ausartet. Ist man beispielsweise selbst in einem Spezialgebiet bewandert, dann ist es leicht, dem Autor Fehler zu nachzuweisen, und man neigt sofort dazu, auch die übrigen Kapitel unterzubewerten. Weiß man indes von alledem nichts, dann muß man die Ausführungen des Autors kritiklos über sich ergehen lassen. Beginnt man endlich Dogmengeschichten zu vergleichen, dann ist der Rezensent zumeist das Opfer, da er völlig verwirrt auf der Strecke bleibt.

Man wird also gut daran tun, sich in so getarteten Fällen auf ein Globalurteil zu beschränken, und dieses Globalurteil lautet im gegebenen Falle positiv. Die Dogmengeschichte von Prof. Dr. Alfred Kruse ist up to date, sie ist leicht zu lesen, was ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist, und sie ist sehr übersichtlich gegliedert. Man bemerkt die Routine der vierten Auflage.

Was bei der Lektüre etwas stört, ist die Nörgelsucht des Autors, die er mit Kritik verwechselt. Die angestrebte Erhöhung der eigenen Position verkehrt sich dadurch in den Augen des unterrichteten Lesers ziemlich schnell in ihr Gegenteil. Zusätzlich — aber das ist bei allen Dogmengeschichten so — fehlen dem Rezensenten natürlich immer einige Namen, die er mit theoretischen Leistungen verbindet, welche — seiner Meinung nach — Erwähnung verdient hätten. Wenn nun der Autor diese Namen nicht bringt, und keiner kann alle Namen bringen, dann beginnt man selber kritisch zu vergleichen, wer hereingenommen und wer weggelassen wurde, was — wenn es Lebende betrifft — oft zu sehr sonderbaren Schlüssen führt. Das war auch im vorliegenden Fall nicht anders, doch soll darauf nicht eingegangen werden, da diese Lücken dem Werk nur geringen Abbruch tun.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

BETRIEBSGRÖSSE UND UNTERNEHMUNGSKONZENTRATION

Nürnberger Hochschulwoche 16. — 20. Februar 1959. (Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Herausgegeben von Prof. Dr. Hermann Eichler, Prof. Dr. Hanns Linhardt, Prof. Dr. Theodor Scharmann, Prof. Dr. Dr. Walter Weddigen, Heft 10), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1959, 262 S., brosch. 24,60 DM.

In dieser umfangreichen Schrift sind 14 (zum Teil erweiterte) Vorträge namhafter Wissenschaftler und Fachleute vereinigt. Das Hauptinteresse der Vortragenden gilt dabei dem Mittelbetrieb, seiner Definition, seiner Leistung, seiner Bedeutung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, und das sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt aus.

Daß es bei dieser zentrierten Themenstellung zu zahlreichen Überschneidungen kommen muß, ist unvermeidlich. Trotzdem ist das kein Mangel, sondern eher eine Bereicherung. Man sieht so ganz klar, worauf es ankommt und worin man übereinstimmt oder nicht. Zusätzlich — und das macht diese Zusammenfassung erst richtig brauchbar — hat der Herausgeber ein umfangreiches Sachregister beigelegt. Wer sich also für den einschlägigen Problembereich interessiert, wird hier eine Menge Wissenswertes lesen und auch wiederfinden können.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

HELMUT STEFAN SEIDENFUS ENERGIE UND VERKEHR

Rückblick und Vorblick auf Strukturwandlungen des intereuropäischen Verkehrsaufkommens (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Band 18, Reihe B: Studien zur Ökonomik der Gegenwart, herausgegeben von Erwin v. Beckerath und Edgar Salin), Kyklos-Verlag, Basel 1960 (J. C. B. Mohr — Paul Siebeck, Tübingen), 229 S. sowie 12 Schaubilder, 58 Tabellen als Anhang, brosch. 16,50 DM, Ln. 19,80 DM.

In der verkehrswissenschaftlichen Literatur der Gegenwart mehren sich Studien, die in monographieartiger Form konkreten Problemen gewidmet sind. Das ist erfreulich für den Verkehrspolitiker, dem — wenn er die Geduld und Beharrlichkeit zur Lektüre solcher Werke aufbringt — reichhaltiges Material für die Ausrichtung seiner Koordinierungsfunktion beschert wird; zweifellos ist dies bei dem vorliegenden Werk der Fall. Die monographische Darstellungsweise kann nur dann eine Gefahr in sich bergen, wenn über der Betrachtung der Einzelfragen die großen Zusammenhänge vernachlässigt werden. Daß dies nicht geschieht, dafür bürgt der Name Seidenfus; hat doch der Verfasser mit seinem älteren Werk über die „Verkehrsmärkte“ einen globalen Überblick über Wettbewerbssituation und Marktformen der Verkehrsträger geliefert, der angesichts eben dieser Gesamt-

schau als Begleitband zu dem vorliegenden Werk mit herangezogen werden kann.

Die vorliegende Studie erstreckt sich auf die Länder der Montanunion bzw. EWG zuzüglich Österreichs und der Schweiz. Der Verzicht auf Ausdehnung über den gesamten OEEC-Raum wird damit begründet, daß dabei eine Reihe von Ländern mit betrachtet würde, die ohne engeren räumlichen Zusammenhang mit dem europäischen Kerngebiet seien. Als Zeiträume für die Betrachtung wurden die Jahre 1927/30, 1936/38 und 1950/57 gewählt; der Verfasser wollte bewußt „Normaljahre“ (unter Ausklammerung konjunktureller und kriegsbedingter Tiefpunkte) erfassen. Man wird allerdings feststellen müssen, daß es sich bei den gewählten Jahren um Zeiträume des Spitzenbedarfs handelt. Eine eigene Prognose des künftigen Energiebedarfs will der Verfasser nicht geben, sondern stützt sich hierfür auf „vorliegende Berechnungen, die methodisch einwandfrei sind“, d. h. im wesentlichen auf die Prognosen der Montanunion und der OEEC, weniger auf die Studie der UNO von 1956, deren Prognosezeitraum (bis zum Jahre 2000!) er als „notwendigerweise mit recht problematischen Hypothesen belastet“ ansieht. Der Verfasser tut angesichts dieser seiner Basisunterlagen gut daran, die jüngere Literatur über die Problematik von Energieprognosen mit heranzuziehen (u. a. Arbeiten von Wessels, Regul, Müller, Bauer, Köhn usw.), zumal ja einige dieser Prognosen durch die Verschiebungen zwischen den Primärenergieträgern fragwürdig zu werden schienen.

Quintessenz der vorliegenden Berichte ist, daß für den Zeitraum 1960 bis 1975 mit einem Wachstum des Endverbrauchs an Energie um etwa 40 vH zu rechnen ist. Bis 1956 war der Energieverbrauch rascher gewachsen als das Sozialprodukt; das soll für die nähere Zukunft nicht mehr der Fall sein, weil einige Faktoren (rasche Zunahme der Stahlproduktion z. B.) mit der Erreichung der Vollbeschäftigung nachlassen dürften. Dabei wird unterstellt, daß der Direktverbrauch an Steinkohle in diesen Ländern 1975 um fast ein Zehntel unter 1960 liegt, während der „Umwandlungseinsatz“ für Kohle eine Steigerung um nahezu ein Drittel aufweisen soll. Bei Koks rechnet man für diesen Zeitraum noch mit einer Verbrauchszunahme um fast 40 vH, bei Gas (einschließlich Naturgas) mit einer Veranderthalfachung, bei Strom und Mineralölderivaten ungefähr mit einer Verdoppelung.

Der Verbrauch von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft soll zwischen 1960 und 1975 um rund die Hälfte steigen, der der Haushaltungen um etwa ein Fünftel. Bei den Verkehrsträgern selbst ergibt sich dagegen ein interessantes Auseinanderklaffen ihres Energieverbrauchs: Bei den Eisenbahnen rechnet man damit, daß ihr eigener Bedarf zwischen 1960

und 1975 um ein Fünftel abfällt, während der Energiebedarf der übrigen Verkehrsträger gleichzeitig um mehr als 40 vH steigt. Dabei ist dies keineswegs auf eine allzu pessimistische Beurteilung der Beschäftigungschancen für die Bahnen zurückzuführen, sondern diese Angaben beruhen in erster Linie auf der Tatsache, daß eine „höhere Effizienz der Energiewandler“, u.a. im Zuge der Elektrifizierung und der Umstellung auf Dieselbetrieb, gerade bei den Bahnen erreicht wird. Vielleicht ist dies die wichtigste Hoffnung des Eisenbahnwesens für die Zukunft: daß gerade hier revolutionär anmutende „Umstellungserfolge“ zu verzeichnen sind im Rahmen technischer Neuentwicklungen.

Seidenfus widmet dann allerdings sorgfältige Berechnungen dem Energieverbrauch der Verkehrsträger in den einzelnen Ländern auf der Basis der erwarteten Verkehrsleistungen. Dabei ist besonders bedeutsam der Hinweis auf S. 45, wonach die Deutsche Bundesbahn zwischen 1950 und 1975 eine Verdoppelung des Steinkohlenverbrauchs erwartete und mit einem Elastizitätskoeffizienten von 0,71 zwischen Steinkohlenverbrauch und Kohlentransport auf der Schiene in erheblichem Maße daran zu partizipieren gedachte. Nach den Berechnungen auf S. 39 des Buches darf man aber für diesen Zeitraum im mitteleuropäischen Durchschnitt nur eine Erhöhung des Kohlenverbrauchs um 55 vH unterstellen, wobei der Direktabsatz sogar noch um fast ein Zehntel zurückgeht. Derartige Differenzen in den Prognosen könnten manche Fehleinstellung in verkehrspolitischen Fragen erklären. — Bisher (1950 bis 1958) hatten sich die Kohlentransporte um etwa ein Drittel, die Kokstransporte um die Hälfte erhöht; der Anteil der Kohle an den Gesamttransportmengen ist von 32 auf 27 vH gefallen.

Fast die Hälfte des Buches ist der Entwicklung des Rohrleitungsverkehrs und seinen Rückwirkungen auf die traditionellen Verkehrsträger gewidmet. Die Konsequenzen sind hier insbesondere für die Binnenschifffahrt entscheidend: Seidenfus rechnet ab 1965 für die internationale Tankschifffahrt auf dem Rhein mit einem Tonnageüberschuß von 400 000 t, d. h. mehr als der Hälfte der heutigen Kapazität. Der Verfasser neigt der Ansicht zu, man solle eine Koordinierung der Ölleitungen — für Rohöl wie für Fertigprodukte — möglichst nicht auf dem Umweg über die Steuerpolitik versuchen, da deren „Motive naturgemäß andere sind als die der verkehrspolitischen Gesetzgebung“; statt dessen empfiehlt er eine Lenkung der Entwicklung in beiden Bereichen durch eine „Manipulierung der Enteignungspolitik“. Inwieweit auf diesem Wege eine Dämpfung des Schocks für die traditionellen Verkehrsträger erreichbar ist, dürfte zweifelhaft sein; das gilt selbst in den Fällen, in denen die vom Verfasser gewünschte Untersuchung der (volkswirtschaftlichen) Kostenvor-

teile zuungunsten von Rohrleitungen ausgeschlagen sollten. Letztlich ist die Investitionspolitik der Erdölwirtschaft selbst von überragender Bedeutung, deren interne Abwägung der relativen Vorteile langfristiger Projekte nicht nur von Rentabilitäts Gesichtspunkten auf der Basis gegebener Nachfrageentwicklungen, sondern auch von Nachfragewekungstendenzen und konzerninternen Machtfaktoren beeinflusst werden.

Das Buch ist sehr sorgfältig dokumentiert; insbesondere ist das verarbeitete statistische Material außerordentlich reichhaltig. Man mag sich stellenweise fragen, ob der deskriptiv-statistische Charakter dieser Studie nicht teilweise die ökonomische Analyse überschattet hat. Das gilt besonders in der Frage, die mindestens quantitativ in dieser Arbeit in den Hintergrund tritt, wenngleich sie im verkehrs- und sozialpolitischen Sinne die relevanteste ist: Wie wird sich tatsächlich die Situation des großen Einnahmeträgers der Bahn par excellence, der Kohle, gestalten? Die Behandlung dieses Themas ist zurückgetreten vor der spektakuläreren und in der öffentlichen Diskussion beliebteren Frage der Ölleitungen. Damit bleibt Raum für umfassendere Studien zu dieser Lebensfrage der Bahnen, die sich in den größeren Rahmen der „Rohstoffeinsparung“ in der modernen Wirtschaft einfügt. Dr. K.

WELCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK KANN DAS VERTRAUEN DES WÄHLERS RECHTFERTIGEN?

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 9, Martin Hoch, Druckerei und Verlagsgesellschaft, Ludwigsburg 1955. 167 S., brosch. 9,90 DM.

Es geht hier um die Rechtfertigung dessen, was man gemeinhin freie Marktwirtschaft nennt, hingegen wiederum nicht um eine so freie, daß soziale Ungerechtigkeiten entstehen könnten. Dem Marktautomatismus wird von *Wilhelm Röpke*, wie man es nicht anders kennt, allerlei Wundertätigkeit zugetraut, und er übt eine, heute recht interessant zu lesende Kritik am Gemeinsamen Markt. Ein Teil seiner auf jener Tagung (1957) geäußerten Bedenken ist in der Tat heute akut geworden. Sein Glaube an die technisch höhere Leistungsfähigkeit einer nicht dirigierten Wirtschaftsgesellschaft und seine streitbar-kriegerischen Aufrufe zur Verteidigung dessen, was er etwas unklar unter den von uns zu verteidigenden Werten versteht, muten antiquiert an. Bei einer etwas weniger leidenschaftlichen Darstellung der Dinge untersucht *Günter Schmolders* die Frage, ob Wohlfahrtsökonomie ohne Inflationsgefahr getrieben werden kann, und *Hans-Joachim Rüstow* spezielle Fragen der Geldwertstabilität im Zusammenhang mit den Wechselkursen. Weitere Beiträge sind von *Hans Ilau* über „Vermögensbildung kein Privileg der Reichen“, *Rudolf Reinhardt* über „Aktienrecht in einer

freiheitlichen Wirtschaftsordnung“ und *Wolfgang Frickhöfer* über Fragen des mittelständischen Unternehmertums. Von besonderem Interesse sind die im Wortlaut wiedergegebenen Diskussionsbeiträge, die zusammen mit den Referaten ein ganz abgerundetes Bild davon geben, welche Wirtschaftspolitik nach Meinung der Aktionsgemeinschaft das Vertrauen des Wählers rechtfertigt. *Alexander Rüstow*, der dem Ganzen eine Situationsanalyse vorausschickt, sieht durchaus die schwachen Stellen im System, das nur dadurch erhalten bleibt, weil es „ungeheuer strapazierfähig“ ist.

Dr. W. D.

HEINRICH SCHNEE
KARL LUEGER

Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers. Umriss einer politischen Biographie. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1960. 124 S., kart. 9,80 DM.

Es ist sicher nicht ganz einfach, einer Persönlichkeit wie Karl Lueger aus der Rückschau gerecht zu werden. Zweifellos hat Lueger als Stadtoberhaupt des kaiserlichen Wien um die Jahrhundertwende an seinem unverwechselbaren Platz im Zeichen des abgebauten und mehr und mehr verfallenden zentralen staatlichen Absolutismus und des Aufschwungs gemeindlicher Selbstverwaltung die Ära mit eingeleitet, die bis heute unter dem Etikett der großen Bürgermeister bekannt geworden ist. Mit nimmermüder Energie und einer bemerkenswerten, sich an den Alltagsaufgaben der Zukunft gleichsam immer wieder entzündenden Phantasie, förderte Lueger in erstaunlich kurzer Zeit die Umwandlung der damals noch recht idyllisch anmutenden kaiserlichen Residenz zur modernen Weltstadt. Mindestens ebenso unverhüllt traten jedoch in Luegers Charakter die Züge eines überaus ehrgeizigen und geltungssüchtigen Machtpolitikers hervor, der um der Durchsetzung bestimmter Ziele willen in der Wahl seiner Mittel oft reichlich bedenkenlos verfuhr. Insofern ist die zwielichtige Gestalt des zu seinen Lebzeiten und unter seinen Mitbürgern außerordentlich populären Mannes in vielfacher Hinsicht symptomatisch für gewisse politische Denkweisen und Methoden, die im Guten wie im Bösen gerade von der Jahrhundertwende ab für unseren Kontinent mehr und mehr bestimmend wurden.

Heinrich Schnee hat in seiner Studie den Versuch unternommen, Karl Luegers Leben und Wirken zeitgerecht auszudeuten und dabei gleichzeitig die Spannungen tunlichst aufzuheben, deren Vorhandensein uns bei der Betrachtung einer solchen Figur mit starkem Unbehagen erfüllen muß. Der Verfasser gibt seinem Büchlein wahrscheinlich mit gutem Grund den Untertitel *Umriss einer politischen Biographie*, aber auch dieser Umriss erfüllt keineswegs die Erwartungen und Ansprüche, die ein kritischer Leser gerade in einem solchen

Falle stellen muß. Gewiß muß ein Biograph, um seinem Gegenstand gerecht zu werden, danach trachten, die Welt mit dem Kopf und dem Herzen des Menschen zu erfassen, den er beschreibt, aber er darf sich nicht in ihn verlieben. So lebendig Luegers Verdienste als Kommunalpolitiker, der über einen ungewöhnlich starken und warmherzigen sozialen Instinkt verfügte, geschildert sind, so blaß, so zufällig, so „unterbelichtet“ wirken seine zahlreichen Fehler und Schwächen. Sie finden nur gelegentlich und sehr am Rande Erwähnung, ohne daß irgendwo auch nur ein ernsthafter Versuch unternommen worden wäre, ihren typischen und deswegen verhängnisvollen Charakter für die Nachwelt warnend zu analysieren. Insbesondere setzt sich der Verfasser nicht mit dem hemmungslosen und verstockten *Antisemitismus* Luegers gebührend auseinander, der ihn — sicher unfreiwillig genug — ausgerechnet zum Vorbild *Adolf Hitlers* werden ließ. Daß diese Unterlassungssünde nicht rein zufälliger Natur sein kann, entnimmt ein für solche Untertöne hellhöriger Leser aus bestimmten Wendungen, wie beispielsweise aus der Bezeichnung „Volksausbeuter“, deren „Ausmerzung“ von einem bestimmten Presseorgan gefordert wurde. Es überrascht und entmutigt immer wieder, daß auch angesehene Verlage solchen Einzelheiten, die leider in den meisten Fällen mehr sind als nur stilistische Untugenden, nicht mehr Beachtung schenken.

Dr. Klaus-Peter Schulz

KURTHEINIG
WENN DIE SOLDATEN . . .

Nest Verlag, Frankfurt a. M. 1957. 311 S. und zahlr. Tabellen, Ln. 14,80 DM.

Daß Kriege Geld kosten, ist uns gut bekannt, wenngleich man oft das Gefühl hat, als habe man es gerade an maßgeblicher Stelle vergessen. Will man sich vor allzu hochtrabenden Rüstungsplänen bewahren, so empfiehlt sich das aufmerksame Studium eines Buches über Rüstungs- und Kriegsfinanzierung, das uns unser leider viel zu früh verstorbener Kollege Kurt Heinig hinterlassen hat. Material und Tatsachen aus den letzten 150 Jahren Rüstungs-, Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, die eine nicht abreißende Kette darstellen, breitet der Verfasser vor uns aus. Wir erleben die materielle und psychologische Vorbereitung und Durchführung von Kriegen, und wir erkennen deutlich, daß immer wieder neue Wege gefunden wurden, wenn es galt, Mittel zur Finanzierung von Kriegen zu beschaffen. Rüstungskosten, Kriegskosten und Kriegsfolgekosten — sie hängen zusammen und bilden ein untrennbares Ganzes, auch wenn man uns oft glauben machen will, mit den Kosten für die Rüstung sei's bereits getan. Tabellen im Anhang stellen einen interessanten Versuch über die Zusammenstellung und Klassifizierung aller Kriege seit 1750 dar.

Dr. W. D.